

## Antwort

des Ministeriums des Innern und für Sport

auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Ralf Seekatz (CDU)  
– Drucksache 17/344 –

### Förderprogramm Dorferneuerung

Die **Kleine Anfrage – Drucksache 17/344** – vom 5. Juli 2016 hat folgenden Wortlaut:

Auf der Grundlage der Verwaltungsvorschrift „Förderprogramm der Dorferneuerung“ (VV-Dorf) unterstützt das Land Rheinland-Pfalz die Ortsgemeinden finanziell in ihrer strukturellen Entwicklung sowie die Bürger bei der Sanierung und Umnutzung der privaten Bausubstanz in den ländlichen Räumen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welches Ziel verfolgt die Landesregierung mit dem Förderprogramm Dorferneuerung?
2. Welche Gemeinden in Rheinland-Pfalz sind aktuell Förderschwerpunkte der Dorferneuerung?
3. Wie haben sich die Anzahl der geförderten Gemeinden und die insgesamt verfügbaren Mittel seit 2010 entwickelt?
4. Auf welcher Grundlage werden die den Gemeinden zur Verfügung stehenden Mittel berechnet?
5. In welcher Höhe wurden private Maßnahmen in den Förderjahren 2010 bis 2016 gefördert?
6. Welche Zwecke und Maßnahmen können mit den Fördermitteln in den Gemeinden umgesetzt werden?
7. Wie wird über die konkrete Verwendung der Mittel entschieden?

Das **Ministerium des Innern und für Sport** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 18. Juli 2016 wie folgt beantwortet:

Zu Frage 1:

Durch die Dorferneuerung soll eine nachhaltige und zukunftsbeständige Entwicklung des Dorfes unterstützt und das Dorf als eigenständiger Wohn-, Arbeits-, Sozial- und Kulturraum erhalten und weiterentwickelt werden. Die Erhaltung bzw. Stärkung der Funktionsvielfalt der Dörfer in ökonomischer, ökologischer, sozialer und kultureller Hinsicht ist ein Hauptanliegen der Dorferneuerung. Zu den Aufgabenschwerpunkten der Dorferneuerung zählen insbesondere strukturverbessernde Maßnahmen, die vor allem der Innenentwicklung und der Stabilisierung bzw. Stärkung der Ortskerne beitragen, wie z. B.:

- die Schaffung bzw. Sicherung wohnstättennaher Arbeitsplätze,
- die Sicherung bzw. Wiederherstellung der örtlichen Grundversorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs,
- die Umnutzung leerstehender, ortsbildprägender Bausubstanz zum Wohnen und Arbeiten,
- die Sicherung und Verbesserung des Dorfbildes und der baulichen Ordnung,
- die Erhaltung und Erneuerung ortsbildprägender wie regional typischer Bausubstanz und Siedlungsstrukturen,
- die Wiederherstellung oder Erhaltung der Einheit von Dorf und Landschaft,
- die Förderung kleinteiliger Projekte und Aktivitäten, die insbesondere zur Stärkung der Dorfgemeinschaft beitragen und das bürgerschaftliche Engagement fördern,
- die Berücksichtigung der Belange und Bedürfnisse aller gesellschaftlichen Bevölkerungsgruppen eines Dorfes durch eine aktive Bürgerbeteiligung, insbesondere die Berücksichtigung von Kindern und Jugendlichen im Dorferneuerungsprozess.

Zu Frage 2:

Zurzeit sind aktuell 134 rheinland-pfälzische Gemeinden als Investitions- und Maßnahmenswerpunkte der Dorferneuerung anerkannt. Eine Aufstellung ist als Anlage 1 beigefügt.

Zu Frage 3:

Die Entwicklung einer Ortsgemeinde hängt nicht allein von den zur Verfügung stehenden Fördermitteln ab. Dorferneuerung ist kommunale Selbstverwaltungsaufgabe und wird von den Ortsgemeinden mit unterschiedlicher Intensität betrieben. Das Land unterstützt mit den Fördermitteln die positive Ortsentwicklung. Gefördert werden kommunale und private Dorferneuerungsprojekte. Der Bewilligungsrahmen betrug im Zeitraum 2010 bis 2016:

Jahr	Bewilligungsrahmen	geförderte Gemeinden
2010	16,977 Mio. Euro	775
2011	16,128 Mio. Euro	690
2012	17,243 Mio. Euro	775
2013	17,348 Mio. Euro	760
2014	15,731 Mio Euro	719
2015	16,583 Mio Euro	696

Für das Jahr 2016 steht ein Bewilligungsrahmen von 17,350 Mio. Euro zur Verfügung. Eine konkrete Angabe, wie viele Dorferneuerungsgemeinden die Mittel in Anspruch nehmen, ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich, da es für private Fördermaßnahmen keine Antragsfristen gibt. Aufgrund der Erfahrungen der vergangenen Jahre ist jedoch davon auszugehen, dass sich die Zahl der geförderten Gemeinden im Mittel des v. g. Zeitraums bewegt.

Zu Frage 4:

Zur Förderung der Dorferneuerung werden im Landeshaushalt Mittel des kommunalen Finanzausgleichs (KFA) bei Kapitel 2006 Titel 883 14 und Mittel aus der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (GAK) bei Kapitel 1423 Titel 883 66 bereitgestellt. Das nach Abzug der bestehenden Verpflichtungen aus den Vorjahren zur Verfügung stehende Bewilligungskontingent wird je zur Hälfte zur Förderung privater und kommunaler Dorferneuerungsprojekte zur Verfügung gestellt.

Zu Frage 5:

Im Förderzeitraum 2010 bis 2015 wurden private Dorferneuerungsmaßnahmen mit 58,05 Mio. Euro bewilligt. Die Daten für das Förderjahr 2016 liegen noch nicht vor, da es keine Antragsfristen für private Projekte gibt.

Zu Frage 6:

Der Förderkatalog der Dorferneuerung ergibt sich aus Nummern 2.1.1 bis 2.1.19 der Verwaltungsvorschrift zur Förderung der Dorferneuerung (VV-Dorf). Hierzu verweise ich auf die beigelegte Anlage 2.

Zu Frage 7:

Bewilligungsbehörden sind

- die Kreisverwaltungen für private Vorhaben,
- das fachlich zuständige Ministerium für kommunale Vorhaben.

Anträge Privater sind über die Verbandsgemeindeverwaltung der Kreisverwaltung zur Entscheidung vorzulegen. Die Ortsgemeinde bestätigt, dass sich die Vorhaben in das Dorferneuerungskonzept einfügen. Kommunale Förderanträge sind über die Verbandsgemeinden der Kreisverwaltung bis zum 1. August vorzulegen. Die Kreisverwaltung prüft die Anträge auf Förderfähigkeit und Entscheidungsreife und erstellt im Benehmen mit den Verbandsgemeinden eine Prioritätenliste. Die Vorhaben sind von der Kreisverwaltung der ADD Trier zum 15. Oktober vorzulegen. Die Vorhaben werden von der Kreisverwaltung mit der ADD Trier nach fachlichen Grundsätzen bewertet, aufeinander abgestimmt und dem fachlich zuständigen Ministerium zur Entscheidung und Bewilligung vorgelegt.

In Vertretung:  
Randolf Stich  
Staatssekretär

## Anlage 1

Jahr	OG	VG	LK
2011	Adenbach	Lauterecken	Kusel
2011	Bad Breisig, Stadtteil Rheineck	Bad Breisig	Ahrweiler
2011	Bitzen	Altenkirchen	Altenkirchen
2011	Dreisen	Göllheim	Donnersbergkreis
2011	Dudeldorf	Bitburg-Land	Bitburg-Prüm
2011	Dürrholz	Pudersbach	Neuwied
2011	Elmstein	Lambrecht	Bad Dürkheim
2011	Engelstadt	Gau-Algesheim	Mainz-Bingen
2011	Fischbach (mit Ludwigswinkel)	Dahner Felsenland	Südwestpfalz
2011	Hardert	Rengsdorf	Neuwied
2011	Katzwinkel	Kelberg	Vulkaneifel
2011	Kirburg	Bad Marienberg	Westerwaldkreis
2011	Konz, Stadtteile Könen	Konz	Trier-Saarburg
2011	Linden	Kaiserslautern-Süd	Kaiserslautern
2011	Lonning	Maifeld	Mayen-Koblenz
2011	Ludwigswinkel (mit Fischbach)	Dahner Felsenland	Südwestpfalz
2011	Mehlbach	Otterbach	Kaiserslautern
2011	Mörschied	Herrstein	Birkenfeld
2011	Mogendorf	Wirges	Westerwaldkreis
2011	Nackenheim	Bodenheim	Mainz-Bingen
2011	Niederbreitbach	Waldbreitbach	Neuwied
2011	Offenbach-Hundheim	Lauterecken	Kusel
2011	Ottersheim	Bellheim	Germersheim
2011	Rieden	Mendig	Mayen-Koblenz
2011	Roßbach	Waldbreitbach	Neuwied
2011	Schönborn	Rockenhausen	Donnersbergkreis
2011	Tiefenbach	Simmern	Rhein-Hunsrück-Kreis
2011	Ürzig	Bernkastel-Kues	Bernkastel-Wittlich
2011	Venningen	Edenkoben	Südliche Weinstraße
2011	Winterbach	Rüdesheim/Nahe	Bad Kreuznach
2012	Bad Breisig, Stadtteil Oberbreisig	Bad Breisig	Ahrweiler
2012	Spessart	Brohltal	Ahrweiler
2012	Windesheim	Langenlonsheim	Bad Kreuznach
2012	Zeltingen-Rachtig	Bernkastel-Kues	Bernkastel-Wittlich
2012	Alflen	Ulmen	Cochem-Zell
2012	Stadt Rockenhausen, Stadtteil Dörnbach	Rockenhausen	Donnersbergkreis
2012	Badem	Kyllburg	Eifelkreis Bitburg-Prüm
2012	Herforst	Speicher	Eifelkreis Bitburg-Prüm
2012	Vollmersweiler	Kandel	Germersheim
2012	Frankenstein	Hochspeyer	Kaiserslautern
2012	Altenglan, Ortsteil Patersbach	Altenglan	Kusel
2012	Ulmet	Altenglan	Kusel
2012	Kruft	Pellenz	Mayen-Koblenz
2012	Kurtscheid	Rengsdorf	Neuwied

Jahr	OG	VG	LK
2012	Laudert	St. Goar-Oberwesel	Rhein-Hunsrück-Kreis
2012	Niederhorbach	Bad Bergzabern	Südliche Weinstraße
2012	Busenberg	Dahner Felsenland	Südwestpfalz
2012	Maßweiler	Thaleischweiler-Fröschen	Südwestpfalz
2012	Freudenburg	Saarburg	Trier-Saarburg
2012	Trittenheim	Neumagen-Dhron	Trier-Saarburg
2012	Merkelbach	Hachenburg	Westerwaldkreis
2013	Albig	Alzey- Land	Alzey-Worms
2013	Alsheim	Eich	Alzey- Worms
2013	Hüffelsheim	Rüdesheim	Bad Kreuznach
2013	Norheim	Bad Münster a. St.	Bad Kreuznach
2013	Ruschberg	Baumholder	Birkenfeld
2013	Rüssingen	Göllheim	Donnersbergkreis
2013	Weingarten	Lingenfeld	Germersheim
2013	Kindsbach	Landstuhl	Kaiserslautern
2013	Altenglan-Mühlbach	Altenglan	Kusel
2013	Neunkirchen	Altenglan	Kusel
2013	Hatzenport	Untermosel	Mayen-Koblenz
2013	Oberdreis	Pudersbach	Neuwied
2013	Rüschel	Rengsdorf	Neuwied
2013	Hahnstätten	Hahnstätten	Rhein-Lahn-Kreis
2013	Horn	Simmern	Rhein-Hunsrück-Kreis
2013	Rohrbach	Herxheim	Südliche Weinstraße
2013	Roschbach	Edenkoben	Südliche Weinstraße
2013	Mertesdorf	Ruwer	Trier-Saarburg
2013	Saarburg-Kahren	Saarburg	Trier-Saarburg
2013	Sessenbach	Ransbach- Baumbach	Westerwaldkreis
2014	Krunkel	Flammersfeld	Altenkirchen
2014	Spiesheim	Wörrstadt	Alzey-Worms
2014	Altleiningen	Hettelleidheim	Bad Dürkheim
2014	Jeckenbach	Meisenheim	Bad Kreuznach
2014	Meddersheim	Bad Sobernheim	Bad Kreuznach
2014	Reil	Kröv-Bausendorf	Bernkastel-Wittlich
2014	Mülheim a. d. Mosel	Bernkastel-Kues	Bernkastel-Wittlich
2014	Siesbach	Birkenfeld	Birkenfeld
2014	Pronsfeld	Prüm	Eifelkreis Bitburg-Prüm
2014	Neuburg	Hagenbach	Germersheim
2014	Reichenbach-Steegen	Weilerbach	Kaiserslautern
2014	Krickenbach	Kaiserslautern-Süd	Kaiserslautern
2014	Relsberg	Wolfstein/Pfalz	Kusel
2014	St. Katharinen	Linz	Neuwied
2014	Osterspai	Loreley	Rhein-Lahn-Kreis
2014	Silz	Annweiler	Südliche Weinstraße
2014	Höheinöd	Waldfishbach-Burgalben	Südwestpfalz
2014	Welschbillig	Trier-Land	Trier-Saarburg
2014	Siershahn	Wirges	Westerwaldkreis
2014	Nohn	Hillesheim/Vulkaneifel	Vulkaneifel
2015	Steineroth	Gebhardshain	Altenkirchen

Jahr	OG	VG	LK
2015	Flomborn	Alzey-Land	Alzey-Worms
2015	Ober-Flörsheim	Alzey-Land	Alzey-Worms
2015	Neu-Bamberg	Bad Kreuznach	Bad Kreuznach
2015	Malborn	Thalfang am Erbeskopf	Bernkastel-Wittlich
2015	Börfink	Birkenfeld	Birkenfeld
2015	Rinzenberg	Birkenfeld	Birkenfeld
2015	Weitersweiler	Göllheim	Donnersbergkreis
2015	Dasburg	Arzfeld	Eifelkreis Bitburg-Prüm
2015	Nattenheim	Bitburger Land	Eifelkreis Bitburg-Prüm
2015	Schallodenbach	Otterbach-Otterberg	Kaiserslautern
2015	Rehweiler	Glan-Münchweiler	Kusel
2015	Reipoltskirchen	Lauterecken-Wolfstein	Kusel
2015	Schwabenheim	Gau-Algesheim	Mainz-Bingen
2015	Wackernheim	Heidesheim	Mainz-Bingen
2015	Oberwesel, Stadtteil Dellhofen	St. Goar-Oberwesel	Rhein-Hunsrück-Kreis
2015	Pleizenhausen	Simmern	Rhein-Hunsrück-Kreis
2015	Eisighofen	Katzenelnbogen	Rhein-Lahn-Kreis
2015	Weyher	Edenkoben	Südliche Weinstraße
2015	Kleinsteinhausen	Zweibrücken-Land	Südwestpfalz
2015	Wasserliesch	Konz	Trier-Saarburg
2016	Becherbach	Kirn-Land	Bad Kreuznach
2016	Biedesheim	Göllheim	Donnersbergkreis
2016	Ferschweiler	Südeifel	Eifelkreis Bitburg-Prüm
2016	Henschtal	Glan-Münchweiler	Kusel
2016	Heupelzen	Altenkirchen	Altenkirchen
2016	Horbruch	Rhaunen	Birkenfeld
2016	Kestert	Loreley	Rhein-Lahn-Kreis
2016	Mengerschied	Simmern/Hunsrück	Rhein-Hunsrück-Kreis
2016	Nünschweiler	Thaleischweiler-Wallhalben	Südwestpfalz
2016	Obernhof	Nassau	Rhein-Lahn-Kreis
2016	Oberweis	Bitburger Land	Eifelkreis Bitburg-Prüm
2016	Osann-Monzel	Wittlich-Land	Bernkastel-Wittlich
2016	Pottum	Westerburg	Westerwaldkreis
2016	Rötsweiler-Nockental	Birkenfeld	Birkenfeld
2016	Rümmelsheim	Langenlonsheim	Bad Kreuznach
2016	Schalkenmehren	Daun	Vulkaneifel
2016	Schneckenhausen	Otterbach-Otterberg	Kaiserslautern
2016	Siefersheim	Wöllstein	Alzey-Worms
2016	Sulzbachtal	Otterbach-Otterberg	Kaiserslautern
2016	Tiefenthal	Hettenleidelheim	Bad Dürkheim
2016	Waldweiler	Kell am See	Trier-Saarburg
2016	Walshausen	Zweibrücken-Land	Südwestpfalz
	134		

## Anlage 2

**Förderung der Dorferneuerung  
(VV- Dorf)****Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten  
vom 23. März 1993 (748 - 66.70/1)**

geändert durch VV des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau vom 27. November 1998 (8108-009-2 24b/79), geändert durch VV des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau vom 15. Mai 2000 (8407-9-010), zuletzt verlängert und geändert durch Verwaltungsvorschrift des Ministeriums des Innern und für Sport vom 27. August 2010 (05 522/321) – MinBl. Nr. 15, S. 208 –

## Inhaltsübersicht

1. Rechtsgrundlagen, Zuwendungszweck
2. Zuwendungsart, Gegenstand und Form der Förderung
3. Zuwendungsempfänger
4. Fördervoraussetzungen und Fördergrundsätze
5. Förderungsfähige Aufwendungen
6. Höhe der Förderung
7. Verfahren
8. Verwendungsnachweis bei kommunalen Maßnahmen
9. Ergänzende Bestimmungen bei Rückforderungen
10. Prüfung der Verwendung
11. Inkrafttreten

**1 Rechtsgrundlagen, Zuwendungszweck**

- 1.1 Zur Förderung der Dorferneuerung gewährt das Land Zuwendungen aufgrund des § 18 des Landesfinanzausgleichsgesetz (LFAG), des Gesetzes über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“, der §§ 23 und 44 Abs. 1 der Landeshaushaltsordnung und der dazu ergangenen Verwaltungsvorschrift zum Vollzug der Landeshaushaltsordnung (VV-LHO) vom 20. Januar 1983 (MinBl. S. 82) in der jeweils geltenden Fassung, sowie nach Maßgabe dieser Verwaltungsvorschrift.
- 1.2 Ein Rechtsanspruch auf Gewährung der Zuwendung besteht nicht. Die Bewilligungsbehörden entscheiden unter Beachtung der nachfolgend genannten Zielsetzungen im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.
- 1.3 Dorferneuerung ist kommunale Selbstverwaltungsaufgabe und zugleich Teil einer aktiven Strukturpolitik für den ländlichen Raum.  
Zur Entwicklung und Umsetzung örtlicher und regionaler Konzepte unterstützt das Land Gemeinden, die ihre strukturelle Entwicklung als Selbstverwaltungsaufgabe wahrnehmen.  
Ziel dieser Unterstützung ist es:
  - Leitbilder zur langfristigen, nachhaltigen und zukunftsbeständigen Entwicklung des Dorfes und Perspektiven für öffentliche und private Investitionen aufzubauen;
  - die interkommunale Zusammenarbeit der Ortsgemeinden zu fördern;
  - das Dorf als eigenständigen Wohn-, Arbeits-, Sozial- und Kulturraum zu erhalten und weiterzuentwickeln;
  - den individuellen Charakter des Dorfes mit seinem Ortsbild zu erhalten;
  - die Gemeinschaft der Dorfbewohner/innen zu stärken; insbesondere gemeinschaftsfördernde Initiativen der Bürger/innen anzuregen;
  - örtliche Werte und Traditionen weiterzuentwickeln, kulturelle und wirtschaftliche Impulse auszulösen;
  - landwirtschaftliche Vermarktungsstrukturen zu unterstützen;
  - ein tragfähiges Infrastrukturangebot, besonders im Bereich der privaten Grundversorgung zu sichern und ggf. wieder herzustellen;
  - logische Belange und gestalterische Aspekte im Dorf durch landespflegerische und grünordnerische Maßnahmen zu verbessern;
  - den örtlichen Handwerks- und Dienstleistungsbetrieben zukunftsweisende Perspektiven und Entwicklungsmöglichkeiten im Rahmen des Dorferneuerungsprozesses aufzuzeigen;
  - orts- und landschaftstypische Bauformen und Strukturen zu erhalten und zu entwickeln;
  - energieeinsparenden und ressourcensichernden Belangen Rechnung zu tragen;
  - die Verwendung landschaftstypischer Materialien und deren zeitgemäße Anwendung zu fördern;
  - öffentliche Straßen, Wege und Plätze im Interesse einer Verkehrsberuhigung und Wohnumfeldverbesserung umzugestalten, soweit nicht Mittel aus dem Straßenbau verwandt werden können.

**2 Zuwendungsart, Gegenstand und Form der Förderung**

- 2.1 Die Zuwendung wird als Projektförderung in der Regel als Zuschuss gewährt. Die Förderung erfolgt nach Nummern 2.1.1 bis 2.1.3, 2.1.5 und 2.1.16 als Festbetragsfinanzierung, bei sonstigen Maßnahmen als Anteilfinanzierung. Die Zuwendung ist bei der Bewilligung auf einen Höchstbetrag zu begrenzen.
- Zuwendungen werden für folgende Vorhaben gewährt:
- 2.1.1 Vorbereitung und Durchführung der für die Dorferneuerungsmaßnahmen notwendige Informations-, Bildungs- und Beratungsarbeit im Rahmen der Dorfmoderation;
- 2.1.2 Fortschreibung und Weiterentwicklung bestehender Dorferneuerungskonzepte sowie Beratungsleistungen für die Ortsgemeinden;
- 2.1.3 Planungs- und Beratungsleistungen für private Träger in der Regel nur dann, wenn eine bauliche Maßnahme durchgeführt wird; projektbezogene Sondergutachten (ausgenommen Gutachten der öffentlichen Verwaltung selbst);
- 2.1.4 bauliche Maßnahmen zur Erneuerung, zum Aus-, Um- oder Anbau älterer orts- und landschaftsprägender oder öffentlich bedeutsamer Gebäude mit Hof- und Grünflächen einschließlich denkmalpflegebedingter und bauökologischer Mehraufwendungen;
- 2.1.5 Schaffung von neuem Wohnraum in Ortskernen durch Umnutzung leerstehender Bausubstanz oder Schließung von Baulücken in maßstäblicher, dörflicher Architektur; Abriss nicht erhaltenswerter Bausubstanz zur Bewältigung städtebaulicher Missstände und zur Schaffung einer geordneten städtebaulichen Entwicklung auf der Grundlage eines aussagekräftigen Dorferneuerungs-/Dorfentwicklungskonzeptes zur Innenentwicklung und Vitalisierung der Ortskerne;
- 2.1.6 Erhaltung und Gestaltung von Gebäuden bestehender oder ehemaliger land- und forstwirtschaftlicher Haupt- und Nebenerwerbsbetriebe mit orts- und landschaftsprägendem Charakter einschließlich Hof- und Grünflächen;
- 2.1.7 bauliche Anpassung von Gebäuden land- und forstwirtschaftlicher Haupt- und Nebenerwerbsbetriebe einschließlich ihrer Nebengebäude und Hofflächen
- an die Erfordernisse zeitgerechten Wohnens und Arbeitens,
  - zum Schutz nachteiliger Einwirkungen von außen,
  - an das Ortsbild oder die Landschaft;
- 2.1.8 bauliche Maßnahmen innerhalb der Ortslage zur Erhaltung und Neueinrichtung von wohnstättennahen Arbeitsplätzen, soweit hierfür keine Wirtschaftsfördermittel in Anspruch genommen werden können;
- 2.1.9 Aus-, Um- oder Neubau von land- und forstwirtschaftlichen Gemeinschaftsanlagen;
- 2.1.10 Erhaltung, Gestaltung und Entwicklung von ökologisch oder landespflegerisch sowie typisch ländlich und traditionell geprägter bedeutsamer Bereiche sowie Maßnahmen, die die Einbindung der Dörfer in die Landschaft verbessern; dabei ist der Arten- und Biotopschutz einschließlich der Biotopvernetzung zu berücksichtigen;
- 2.1.11 naturnahe Gestaltung und Renaturierung innerörtlicher Bachläufe zur Unterstützung der ökologischen Vielfalt im Dorf;
- 2.1.12 Aufwendungen für den Erhalt und die Schaffung von Lebensräumen für bestandsgefährdete sowie dorftypische Tier- und Pflanzenarten;
- 2.1.13 Verbesserung des Wohnumfeldes durch Rückbau versiegelter Flächen in naturnahe Freiflächen; umweltverträglicher Ausbau und Gestaltung von Straßenräumen und Plätzen mit einer über die Verkehrs- und Erschließungsfunktion hinausgehenden Bedeutung.
- 2.1.14 gemeindlicher Erwerb von unbebauten und bebauten Grundstücken im Zusammenhang mit Vorhaben, die im Dorferneuerungskonzept dargestellt sein müssen und öffentlichen Zwecken dienen oder im öffentlichen Interesse liegen, insbesondere zur Sicherung der örtlichen Grundversorgung;
- 2.1.15 investive Vorhaben zur Sicherung und zum Ausbau einer bedarfsgerechten örtlichen Grundversorgung mit Waren und Dienstleistungen, Erstellung und Funktionsverbesserung von Gemeinbedarfseinrichtungen, besonders in ortsbild- oder landschaftsprägenden Gebäuden oder Anlagen; ausnahmsweise auch Vorhaben, die zur Gründung eines Trägers der Maßnahme notwendig sind;
- 2.1.16 initiative Vorhaben und kleinere bauliche Projekte örtlicher Sozial-, Kultur- und Beratungsarbeit, insbesondere von örtlichen Selbsthilfegruppen für Kinder, Jugendliche, Behinderte und ältere Bürgerinnen und Bürger;
- 2.1.17 Maßnahmen zur Schaffung eines umweltverträglichen dörflichen Fremdenverkehrs und der naturnahen Erholung, auch gemeinsame Vorhaben mehrerer Gemeinden; Hochbaumaßnahmen werden nur in ortsbild- oder landschaftsprägenden Gebäuden gefördert;
- 2.1.18 Zweckforschung, modellhafte Untersuchungen, Wettbewerbe und Projekte, Erstellung von Informationsgrundlagen;
- 2.1.19 Vorhaben, die zur Weiterentwicklung der Dorferneuerung beitragen und nicht unter die Nummern 2.1.1 bis 2.1.18 fallen.
- 2.2 Maßnahmen nach Nummern 2.1.1, 2.1.2, 2.1.10 bis 2.1.12 werden nur in anerkannten Investitions- und Maßnahmen-schwerpunkten gefördert. Maßnahmen nach Nr. 2.1.1 können nach Vorgaben des Ministeriums auch außerhalb einer Schwerpunktanerkennung gefördert werden.

- 2.3 Nicht gefördert werden Vorhaben
- die ganz oder überwiegend Schönheitsreparaturen darstellen oder der Bauunterhaltung dienen,
  - in Neubaugebieten mit Ausnahme von Maßnahmen nach Nummern 2.1.10 bis 2.1.12,
  - die bereits begonnen wurden.
- 3 **Zuwendungsempfänger sind:**
- Gemeinden und Verbandsgemeinden, auch als Beteiligte bei privaten Vorhaben,
  - natürliche und juristische Personen, Personengemeinschaften des privaten Rechts (Personenvereinigungen und Zusammenschlüsse),
  - Körperschaften des öffentlichen Rechts, wenn ihr Rechtsstatus unmittelbar durch das Grundgesetz gewährleistet ist, soweit sie Eigentümer oder Träger der Baulast sind, für die eine Zuwendung beantragt wird. Ausnahmsweise genügt der Nachweis eines langfristigen Nutzungsrechtes, das in der Regel dinglich gesichert ist.
- 4 **Fördervoraussetzungen und Fördergrundsätze**
- 4.1 Vorhaben der Dorferneuerung werden gefördert in dörflich/ländlich geprägten Ortsgemeinden mit bis zu 3 000 Einwohnern und landschaftsbestimmenden Gehöftgruppen.  
Dabei hat die Förderung in Ortskernen grundsätzlich Vorrang.
- 4.2 Die Förderung setzt ein ganzheitliches – ggf. fortgeschriebenes – Dorferneuerungs-/Dorfentwicklungskonzept der Gemeinde voraus, das nach Abwägung aller berührten wesentlichen fachlichen Belange und in Abstimmung mit den betroffenen Behörden und sonstigen Stellen aufgestellt wurde. Dabei übernimmt der Dorferneuerungsbeauftragte des Landkreises die erforderliche Koordinierung. Das Abstimmungsergebnis ist zu dokumentieren und mit der ADD Trier zu erörtern. Den Bürgerinnen und Bürger muss Gelegenheit zur Mitwirkung und aktiven Auseinandersetzung mit dem Dorferneuerungskonzept und den daraus entwickelten Teilbereichsplanungen und Durchführungskonzepten gegeben werden. Eine Anhörung genügt nicht.  
Den Belangen und Bedürfnissen von Kindern und Jugendlichen muss Rechnung getragen werden. Geeignete Beteiligungsformen müssen entwickelt und durchgeführt werden.  
Das Dorferneuerungs-/Dorfentwicklungskonzept umfasst:
- die Darstellung des Entwicklungsstandes der Gemeinde und ihrer überörtlichen Bezüge unter Beachtung der Grundsätze der Raumordnung und Landesplanung einschließlich der Aspekte der Landespflege und der diesbezüglichen Planungen,
  - die Darstellung der funktionalen und strukturellen Mängel,
  - Zukunftsperspektiven der Gemeinde einschließlich von Aussagen über die Weiterführung von landwirtschaftlichen Betrieben, die umweltverträglich wirtschaften und zur Erhaltung des Landschaftsbildes beitragen,
  - die Erneuerungs- und Entwicklungskonzeption mit einem zukunftsbeständigen und nachhaltigen Leitbild für die Ortsgemeinden, die die Innenentwicklung, insbesondere die bauliche, funktionale und soziale Entwicklung aussagekräftig darstellt,
  - das darauf aufbauende Maßnahmenprogramm für öffentliche und wesentliche private Vorhaben,
  - die Darstellung der Prioritäten, des voraussichtlichen Realisierungszeitraums, der Wege zur Verwirklichung des Dorferneuerungs- und Entwicklungskonzeption und der Angabe der hierzu notwendigen Instrumente (Durchführungskonzept), wie z. B. Bauleitpläne, Satzungen gemäß § 34 Abs. 4 BauGB, Satzungen gemäß § 86 LBauO, Planfeststellungen nach Fachgesetzen,
  - ein mittelfristiges Finanzierungskonzept für die Vorhaben der Gemeinde unter Berücksichtigung ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit,
  - die Dokumentation der Beteiligung und Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger.
- Eine Förderung in der Dorferneuerung erfordert seitens der Gemeinde auch die Durchführung einer stetigen, umfassenden Beratungstätigkeit der Investoren.
- 4.3 Zur Umsetzung der nach Nummer 4.2 entwickelten Konzepte können objektweise kommunale sowie Vorhaben im Privatbereich gefördert werden.  
Fachliche und räumliche Schwerpunkte (Investitions- und Maßnahmenschwerpunkte) werden jährlich mit der Zuteilung der Bewilligungskontingente durch das fachlich zuständige Ministerium anerkannt. Die Förderung von Investitions- und Maßnahmenschwerpunkten erstreckt sich auf einen Zeitraum von höchstens sechs Jahren.  
Die Bewilligungsbehörde stimmt für die Projekte der Träger öffentlicher Maßnahmen in Investitions- und Maßnahmenschwerpunkten einen förderfähigen, zeitlich befristeten Gesamtinvestitionsrahmen ab.
- 5 **Förderungsfähige Aufwendungen**
- 5.1 Eine Mehrfachförderung derselben Kostenposition (Kumulation) mit anderen Förderprogrammen des Bundes oder des Landes ist nicht zulässig, außer bei Maßnahmen des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege. Sollen zur Finanzierung eines Vorhabens auch Mittel aus anderen Förderprogrammen des Bundes und des Landes bereitgestellt werden, so ist vom Antragsteller ein mit den beteiligten Bewilligungsbehörden abgestimmter Finanzierungsplan zu erstellen. Das gleiche gilt bei einer kommunalen Beteiligung an privaten Vorhaben.



- 5.2 Als förderfähige Ausgaben im Rahmen des Zuwendungszweckes gelten die von der Bewilligungsbehörde anerkannten Ausgaben und Kosten gemäß DIN 276, die durch Voranschläge nachzuweisen sind. Kostengruppen, die von einer Förderung ausgenommen sind, werden den Bewilligungsstellen vom fachlich zuständigen Ministerium durch Rundschreiben mitgeteilt.  
Als förderfähig gelten ferner nur die Ausgaben, die nicht durch satzungsgemäße Erhebung von Beiträgen bzw. durch Zuschüsse Dritter gedeckt werden können.  
Die Mehrwertsteuer zählt nur dann zu den förderfähigen Ausgaben, wenn der Zuwendungsempfänger nicht vorsteuerabzugsberechtigt ist.  
Zuwendungen von Landkreisen gemäß § 2 Abs. 5 LKO und von Verbandsgemeinden gemäß § 67 Abs. 6 GemO, die im Rahmen der Ausgleichsfunktion erbracht werden, gelten als Eigenanteil des kommunalen Vorhabenträgers und mindern die Landeszuwendung nicht.
- 5.3 Unentgeltliche Arbeitsleistungen von Bürgerinnen und Bürgern an kommunalen Vorhaben werden, soweit sie nach Art und Umfang vertretbar sind, als Eigenmittlersatz anerkannt. Die Selbsthilfeleistung soll 30 v. H. der zuwendungsfähigen Gesamtausgaben nicht überschreiten. Der Wert der unentgeltlichen Arbeitsleistung ist fiktiv durch die Ermittlung der ersparten Unternehmerleistungen nachzuweisen und vom Planer oder dem Bauleiter in einfacher Form zu bestätigen.  
Arbeitsleistungen von privaten Antragstellern bei deren Vorhaben werden, soweit sie nach Art und Umfang vertretbar sind, als Barmittelseinsatz anerkannt. Die Selbsthilfeleistungen sollen 30 v. H. der zuwendungsfähigen Gesamtaufwendungen nicht übersteigen. Die Ermittlung der unentgeltlichen Arbeitsleistung erfolgt analog der kommunalen Vorhaben und ist vom Planer oder dem Bauleiter in einfacher Form zu bestätigen.
- 5.4 Für Zuschüsse zur Dorferneuerung aus Mitteln zum Vollzug des Gesetzes über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ gelten die Fördergrundsätze des Rahmenplans der Gemeinschaftsaufgabe in der jeweils geltenden Fassung.
- 6 Höhe der Förderung**
- 6.1 Kommunale Vorhaben  
Bei kommunalen Vorhaben richtet sich die Höhe der Zuwendung nach der allgemeinen finanziellen Leistungsfähigkeit des Antragstellers und dem Landesinteresse an der Ausführung des Vorhabens. Die kommunale Gebietskörperschaft muss ihre Einnahmequellen ausschöpfen. Der Fördersatz beträgt in der Regel bis zu 65 v. H. der förderfähigen Gesamtkosten und kann bei Maßnahmen, die der interkommunalen Zusammenarbeit dienen, auf bis zu 80 v. H. angehoben werden.
- 6.2 Private Vorhaben  
Bei privaten Vorhaben beträgt die Zuwendung je Einzelvorhaben bis zu 30 v. H. der förderfähigen Ausgaben pro Objekt, höchstens jedoch 20 452 Euro, sofern Mittel nach der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ eingesetzt werden. Erfolgt eine Förderung mit Mitteln nach dem Landesfinanzausgleichsgesetz, kann bei nachgewiesener besonderer Bedürftigkeit der Zuschuss auf bis zu 60 v. H. der förderfähigen Ausgaben, höchstens jedoch 25 565 Euro, angehoben werden.  
Für Vorhaben gemäß Nummern 2.1.8, 2.1.15 und 2.1.17 kann die Zuwendung auf bis zu 40 903 Euro angehoben werden.
- 6.3 Vorhaben von durch das Grundgesetz gewährleisteten Körperschaften des öffentlichen Rechts  
Die Zuwendung muss der Erfüllung eines sozialen Auftrages dienen. Dabei werden diese Körperschaften natürlichen Personen gleichgestellt.
- 6.4 Die Höhe der als Festbetragsfinanzierung zu bewilligenden Zuwendung beläuft sich bei Vorhaben gemäß Nummern 2.1.1, 2.1.2 und 2.1.16 auf bis zu 7 669 Euro, bei Vorhaben gemäß Nummer 2.1.5 auf bis zu 153 Euro pro m<sup>2</sup> neu geschaffener Wohnfläche, höchstens jedoch 20 452 Euro.
- 6.5 Zuwendungen werden nur bewilligt, wenn die förderfähigen Ausgaben
- bei kommunalen Vorhaben mindestens 15 339 Euro,
  - bei privaten Vorhaben mindestens 7 669 Euro
- je Einzelvorhaben betragen.  
In besonders begründeten Ausnahmefällen kann die Bewilligungsbehörde hiervon abweichen; so kann in Gemeinden mit weniger als 300 Einwohnern auch dann eine Zuwendung bewilligt werden, wenn die zuwendungsfähigen Aufwendungen je Einzelvorhaben mindestens 7 669 Euro betragen.
- 7 Verfahren**
- 7.1 Für die Antragstellung, Bewilligung und die Auszahlung der Zuwendung sowie die Überwachung und den Nachweis der Verwendung einschließlich der Prüfung des Verwendungsnachweises und die ggf. erforderliche Aufhebung des Zuwendungsbescheides sowie die Erstattung der gewährten Zuwendungen nebst Zinsen gilt § 6 LHG in Verbindung mit den Bestimmungen zu § 44 Abs. 1 VV-LHO, soweit nachfolgend keine abweichenden oder ergänzenden Regelungen getroffen sind. Für kommunale Vorhaben gelten zusätzlich die Bestimmungen des § 18 Abs. 2 LFAG.
- 7.2 Bewilligungsvorhaben  
Bewilligungsbehörden sind
- die Kreisverwaltungen für private Vorhaben,
  - das fachlich zuständige Ministerium für Vorhaben nach Nummern 2.1.18 und 2.1.19 und für kommunale Vorhaben.

- 7.3 Antrag
- 7.3.1 Anerkennung als Investitions- und Maßnahmenswerpunkt  
Anträge von Gemeinden auf Anerkennung als Investitions- und Maßnahmenswerpunkt sind über die Kreisverwaltung und die ADD Trier beim fachlich zuständigen Ministerium zu stellen. Die Anträge sind kreisweise in Listen bis zum 1. November mit einem Entscheidungsvorschlag der Kreisverwaltung und einer mit der ADD Trier abgestimmten Stellungnahme dem fachlich zuständigen Ministerium vorzulegen.
- 7.3.2 Kommunale Vorhaben  
Bewilligungsreife Anträge sind unter Verwendung des Vordrucks nach besonderem Muster jeweils bis zum 1. August der Kreisverwaltung zuzusenden. Den Anträgen ist eine nach Prioritäten aktualisierte Fassung des Maßnahmenteils aus dem Dorferneuerungskonzept beizufügen.  
Die Kreisverwaltung prüft die Anträge auf ihre Förderfähigkeit und Entscheidungsreife und stellt für die bewilligungsreifen Vorhaben im Benehmen mit den Verbandsgemeinden je eine Antrags- und Prioritätenliste für Gemeinden auf, die  
a) nicht als Investitions- und Maßnahmenswerpunkte und  
b) als Investitions- und Maßnahmenswerpunkte  
anerkannt sind.  
Die Kreisverwaltung legt die Anträge mit ihrer Stellungnahme nach Teil II Anlage 2 Muster 3 zu § 44 Abs. 1 VV-LHO zusammen mit den Antrags- und Prioritätenlisten der ADD Trier bis zum 15. Oktober vor.  
Die Vorhaben sind von der Kreisverwaltung mit der ADD Trier auf der Grundlage der Dorferneuerungskonzepte nach fachlichen Grundsätzen zu bewerten und aufeinander abzustimmen.
- 7.3.3 Private Vorhaben  
Anträge auf Förderung privater Vorhaben sind unter Verwendung des Vordrucks nach besonderem Muster über die Gemeindeverwaltung, bei Ortsgemeinden über die Verbandsgemeindeverwaltung der Kreisverwaltung vorzulegen. Die Gemeinde bestätigt, dass sich die privaten Vorhaben in das Dorferneuerungskonzept einfügen.  
Private Vorhaben in Investitions- und Maßnahmenswerpunkten, insbesondere strukturverbessernde, sind vorrangig zu fördern. Sozialen Belangen ist durch Abstimmungsgespräche mit der Ortsgemeinde Rechnung zu tragen.
- 7.3.4 Die Bewilligungsbehörden können in Ausnahmefällen nach Vorgaben des fachlich zuständigen Ministeriums aus besonderem Grund den vorzeitigen Baubeginn zulassen, soweit hierzu eine haushaltsrechtliche Ermächtigung vorliegt.
- 7.3.5 Die ADD Trier stimmt die Umsetzung der Förderziele mit dem fachlich zuständigen Ministerium ab.
- 8 Verwendungsnachweis bei kommunalen Maßnahmen**
- 8.1 Die Verwendungsnachweise der kreisangehörigen Gemeinden und Verbandsgemeinden werden von der Kreisverwaltung geprüft.
- 8.2 Bei Zuwendungen, die als Festbetragsfinanzierung gewährt werden, genügt als Verwendungsnachweis eine Erklärung des Bürgermeisters, dass die Mittel bestimmungsgemäß verwendet worden sind. Dabei sind die Höhe der förderfähigen Kosten und deren Finanzierung (aufgeteilt nach Eigenanteil, Zuwendungen Dritter, Beiträgen und Zuweisungen) anzugeben. Die Erklärung muss außerdem folgende Bestätigung beinhalten: „Die Bestimmungen der §§ 263 und 264 des Strafgesetzbuches und des Gesetzes gegen missbräuchliche Inanspruchnahme von Subventionen sind mir bekannt.“  
Das gleiche vereinfachte Verfahren gilt auch bei Zuwendungen bis zu 100 000 Euro zur Anteilfinanzierung.
- 8.3 Soweit die Förderung aus Mitteln der Allgemeinen Finanzen erfolgt, veranlasst die ADD Trier die Vereinnahmung zurückgezahlter Beträge durch Absetzen von der Ausgabe. Sie teilt dem fachlich zuständigen Ministerium jeweils am Ende eines Quartals unter Verwendung des Vordruckes nach besonderem Muster die Beträge mit, die von gewährten Zuwendungen nicht beansprucht werden bzw. von den bereits ausgezahlten Zuwendungen zurückzuzahlen sind.
- 9 Wird ein gefördertes bauliches Objekt veräußert, kann die Bewilligungsbehörde Zuwendungen ganz oder teilweise zurückfordern (insbesondere bei dann entstehenden überhöhten Förderungen), auch wenn die zweckbestimmte Verwendung weiter erhalten bleibt.
- 10 Das fachlich zuständige Ministerium, die Bewilligungsbehörde und der Rechnungshof Rheinland-Pfalz sind berechtigt, die Verwendung der Fördermittel durch Einsichtnahme in die Belege und sonstigen Geschäftsunterlagen zu prüfen oder durch Beauftragte prüfen zu lassen. Der Träger des Vorhabens hat auf Verlangen Auskunft zu erteilen, Einsicht zu gewähren und die Unterlagen vorzulegen. Die Belege müssen zehn Jahre aufbewahrt werden.
- 11 Inkrafttreten**  
Diese Verwaltungsvorschrift tritt mit Wirkung vom 5. April 1993 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Verwaltungsvorschrift des Ministeriums des Innern und für Sport und des Ministeriums für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten vom 20. Januar 1989 (MinBl. S. 70) außer Kraft.

Mainz, 23. März 1993  
Der Minister  
für Landwirtschaft, Weinbau  
und Forsten